Rundbrief 03 / 12

attac

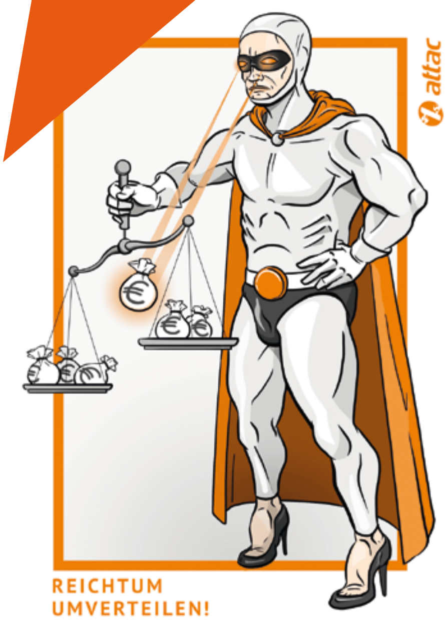
Bundesweiter Aktionstag am 29. September 2012

Jetzt gemeinsam für Umfairteilung!

In Städten wie Oberhausen werden Schlaglöcher in den Straßen nicht mehr geflickt, öffentliche Hallenbäder und Büchereien geschlossen. Wer hier lebt, bekommt wiederholte Gebührenerhöhungen zu spüren beispielsweise in Kindertagesstätten, deren Ausstattung längst hinter denen in weniger verschuldeten Städten zurückfällt.

Die Griechen sind noch schlimmer dran: In Athen funktioniert vieles gar nicht mehr, die Gesundheitsversorgung geht in die Knie, Kinder werden in Heime gebracht, um sie vor dem Hunger zu Hause zu schützen.

Zugleich wird die Zahl der Einkommensmillionäre in Deutschland siebenstellig, und griechische Superreiche kaufen Immobilien in europäischen Hauptstädten. Das reichste Prozent der Deutschen besitzt ungefähr so viel privates Vermögen, wie Bund, Länder und Gemeinden im Land gemeinsam an Schulden haben. Öffentliche Armut und privater Reichtum hängen eng mit einander zusammen, die aktuelle Schuldenkrise wäre ohne die jahrzehntelange Steuersenkung für die Reichsten und die Bankenrettung zu Gunsten der Vermögenden nicht entstanden. Mit Kürzungs-Diktaten und dem erschreckend erfolgreichen Totschweigen der prekären Einnahmesituation der öffentlichen Hand wird die Krise verschärft.



Inhalt

1 EUR 50

Diskussionsbeiträge von Attac und ein breites Bündnis für Umfairteilung

Die Projektgruppe Umverteilen hat ein Konzeptpapier für eine Vermögensabgabe erarbeitet. Mit einer einmaligen, progressiven Abgabe auf große Vermögen ab einer Million Euro soll das reichste eine Prozent der Bevölkerung substantiell zur Kasse gebeten werden. Das würde nicht nur einen Ausweg aus der Krise, sondern auch Weichenstellungen für eine sozial-ökologische Transformation ermöglichen.

Zugleich macht eine Entwicklung Hoffnung, die weit über Attac hinausweist: Wir haben im Frühjahr das „Bündnis Umfairteilen – Reichtum besteuern" mit auf den Weg gebracht. Am 29. September findet ein bundesweiter Aktionstag statt. Beteiligt sind sehr verschiedene Bündnispartner mit sehr verschiedenen Beiträgen: Die GEW macht eine Sonderausgabe ihrer Mitgliederzeitung, der Paritätische Gesamtverband organisiert – damit die größten Kundgebungen barrierefrei werden – Gebärden-Dolmetscher und große Übertragungs-Leinwände. Stadtteilzentren und Kindergärten sagen ihre Mitwirkung zu, Verdi-Aktive und Naturfreunde. Der Kinderschutzbund ist dabei, Campact und viele andere. Attac und die kritische Hilfsorganisation Medico International geben einen Flyer zur internationalen Dimension der Verteilungsfrage heraus.

Lokal entstehen Bündnisse in ähnlicher Breite wie auf Bundesebene. Das Bündnis bietet auch für Attac-Gruppen vor Ort neue Möglichkeiten der Kontaktaufnahme. Nur wenn viele an einem Strang ziehen, kann es gelingen, eine Gegenmacht zu entwickeln, gegen die neoliberale Krisenpolitik samt gleichzeitigem Steuersenkungsdiskurs.

Gemeinsam machen wir den 29. September zu einem Erfolg. Beteiligt Euch an den Demos in Berlin, Köln, Frankfurt und Hamburg und macht mit weiteren Aktionen die Landkarte bunt! Werdet vor und nach dem Termin aktiv! Denn klar ist: Wir lassen nicht zu, dass das Thema vor der nächsten Bundestagswahl erneut ignoriert wird!

Jutta Sundermann, Mitglied im Attac Koordinierungskreis

www.umfairteilen.de
www.attac.de/umverteilen

Kein Neid, sondern soziale Gerechtigkeit



Foto: www.echtfotografie.de

In Attac mobilisiert insbesondere die Projektgruppe Umverteilen für den bundesweiten Aktionstag am 29. September. Bruno Marcon, Mitglied von Attac Augsburg und im Attac-Rat, berichtet im Interview über die Projektgruppe und die Diskussion zu den Themen Umverteilen und Vermögensabgabe.

Spätestens seit 2008 thematisiert Attac die Verteilungsfrage. Was hat dazu beigetragen, dass der Ratschlag diesen Aspekt jetzt besonders stark gemacht hat?

Die so genannte europäische Schuldenkrise stellt eine neue Qualität der Umverteilung dar. Mit Hilfe des ESM und des Fiskalpakts werden zum einen Staaten vermehrt in die Haftung für die Krisenlasten genommen, zum anderen soziale Sicherungssysteme zerschreddert und immer mehr Menschen in die Armut getrieben. Die Lasten der Krisen werden auf die Bevölkerung abgewälzt. Deshalb ist die Forderung nach einer umfassenden Umverteilung in der Finanz- und Schuldenkrise wichtig. Damit lösen wir zwar nicht die systemischen Krisen des Kapitalismus, machen jedoch Korrekturen hin zu mehr Verteilungsgerechtigkeit.

Sehr schnell bekommt in diesem Land, wer sich in Sachen Umverteilung engagiert, den Vorwurf der Neiddebatte zu hören. Was ist dazu zu sagen?

Wir gönnen jedem Menschen einen Wohlstand, in dem er seine Lebensbedürfnisse, materielle wie ideelle, befriedigen kann. Wir meinen auch, dass „genug für alle" da ist. Doch tatsächlich ist der vorhandene gesellschaftliche Reichtum extrem ungleich verteilt. Wenn das obere 1 Prozent der Gesellschaft mehr als 35 Prozent des Vermögens besitzt, während die unteren 50 Prozent fast gar nichts besitzen, dann läuft etwas schief in einer Gesellschaft. Die Forderung nach einer Umverteilung dieses Ungleichverhältnisses entspringt keinem Neid, sondern ist ein Akt sozialer Gerechtigkeit.

Attac arbeitet selbst zum Thema Umverteilen und zur Vermögensabgabe und engagiert sich gleichzeitig in einem entsprechenden Bündnis. Wozu diese Zweiteilung?

Attac hat sich intensiv für das Zustandekommen des Bündnis „Umfairteilen" eingesetzt. Wir sehen es als einen großen Erfolg an, dass etliche soziale Verbände aus der Zivilgesellschaft sich gemeinsam mit Attac für eine Vermögensabgabe und eine Vermögenssteuer einsetzen. Damit schaffen wir eine breitere Basis für mehr gesellschaftliche Akzeptanz und für die Realisierung dieser Forderungen.

Seit seinem Bestehen ist es Attac immer wieder gelungen, den gesellschaftlichen Diskurs anzustoßen. Das ist jetzt auch unser Ziel. Mit unserem Konzept zur Vermögensabgabe stellen wir eine Art neuer „Leitforderung" vor. Diese ist jedoch in die übrigen Umverteilungsentwürfe des Attac-Netzwerks eingebettet, die wir für die Ebenen der Finanzmärkte, der Primärverteilung zwischen Kapital und Arbeit und des Staates entwickelt haben. Wir wollen für die „oberen 1 Prozent" der Vermögenden eine einmalige Abgabe von insgesamt bis zu 50 Prozent auf alle Sach- und Geldvermögen erheben, wobei wir der unterschiedlichen Vermögenskonzentration Rechnung zollen. Die Abgabe soll progressiv gestaltet sein – mit einem Eingangssatz von 20 Prozent und einem Spitzensatz von bis zu 80 Prozent für die Superreichen. Für dieses Konzept einer nachhaltigen Vermögensumverteilung wollen wir die Menschen und Bündnispartner gewinnen.

Ist eine europaweite koordinierte Vermögensabgabe nicht etwas hoch gegriffen?

In Europa befinden sich über ein Drittel des globalen Gesamtvermögens. Aufgrund der Einbettung Deutschlands in die Strukturen Europas ist eine Vermögensabgabe in europäischer Dimension wünschenswert. Im europäischen Attac-Netzwerk diskutieren wir deshalb aktuell, wie wir diese unterschiedlichen Bedingungen in den einzelnen Ländern beachten und dennoch europäisch koordiniert für Vermögensabgabe und Umverteilung kämpfen können. Es gehört zum grundlegenden Charakter von Attac, nicht in nationalen Lösungen zu verharren. Die neoliberale Globalisierung hat weltweit die Schere zwischen Arm und Reich extrem geöffnet. Um gerade diese Perspektive in die öffentliche Diskussion einzubringen, haben wir gemeinsam mit Medico International einen Flyer erarbeitet.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) kam im Juli mit einer Studie in die Presse, die eine „Zwangsanleihe" ins Spiel brachte. Geht das in die richtige Richtung?

Eine Abgabe von Vermögenden sollte nicht als Zwangsanleihe erhoben werden, die womöglich noch mit Zins an die Superreichen wieder zurückgezahlt werden muss. Der erzwungene Kauf von Staatsanleihen bläht den Finanzsektor nur zusätzlich auf und ändert nichts an der ungleichen Verteilung der Vermögen. Das DIW möchte die erzielten Beträge aus einer Vermögensabgabe zur Abfederung der Staatsschulden einsetzen. Attac hingegen will die bisher privaten Finanzmittel wieder „öffentlich" machen. Die aus einer Vermögensabgabe erzielten 1 Billion Euro und mehr sollen nicht wieder an die Finanzmärkte zurückfließen, sondern nachhaltig helfen, soziale Sicherungssysteme auszubauen und infrastrukturelle Zielsetzungen, vor allem im kommunalen Bereich, zu ermöglichen.

Interview: **Kay Schulze**

Umverteilen hin zu den Reichen

Der Fiskalpakt ist ein Meilenstein des neoliberalen Umbaus

„Wir zahlen nicht für eure Krise!“ hieß es fordernd auf den Transparenten in den Jahren 2008 bis 2010 überall bei Protesten in Europa. Kritisiert wurde damit die Politik der Bankenrettungen zu Lasten der öffentlichen Haushalte. Nicht nur in Deutschland ist daraus die Parole geworden: „Von uns bekommt ihr nichts, ihr Südeuropäer!“. Dem herrschenden Block ist es bravourös gelungen, von dem eigentlichen Umverteilungsmechanismus abzulenken und einen Sündenbock zu finden, auf den das Krisengeschehen projiziert und damit abgeladen werden kann. Geschickt wird der individuelle Narzissmus der „fleißigen Nordeuropäer“ bestärkt und zu politischem Chauvinismus geformt. Die tatsächlichen Umverteilungsdynamiken werden somit für einen großen Teil der Bevölkerung verschleiert.

Eine unseelige Dreifaltigkeit

Die Krisenpolitik der meisten europäischen Regierungen und der europäischen Institutionen zuzüglich des Internationalen Währungsfonds (IWF) besteht aus drei Strategien der Umverteilung von unten nach oben:

1. Mittels der nationalen Bankenrettungspakete und der europäischen Rettungschirme EFSF bzw. des Nachfolgers ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus) werden die privaten Banken abgesichert. Öffentliche Gelder werden zugunsten der Vermögen der Reichen umverteilt.
2. Mit den „Memoranden“ der Troika werden „Strukturanpassungsmaßnahmen“ durchgesetzt, die darauf zielen, den Faktor „Arbeit“ zu schwächen und den Faktor „Kapital“ zu stärken. Konkret geschieht dies durch die Lockerung des Kündigungsschutzes, Beseitigung von Flächentarifverträgen, Kürzung von Urlaubsgeld und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Soziale Rechte werden abgeräumt, umverteilt wird auf die Gewinnseite der Unternehmen.
3. Neue Regel- und Vertragswerke auf europäischer Ebene beschneiden die öffentlichen Ausgaben und etablieren so einen permanenten Druck auf öffentliche Investitionen und Sozialausgaben. Die wichtigsten Regelwerke sind das „Six Pack“, der Fiskalpakt und die geplante Fiskalunion. Dabei stehen Regeln zum schnellen Schuldenabbau und ein Limit für Neuverschuldung, die so genannte „Schuldenbremse“, im Vordergrund. Auf diese Weise werden Steuergelder vordringlich zum Schuldendienst zugunsten privater Anleger eingesetzt, bei Transferempfängern wird gekürzt.

Am 29. Juni 2012 wurden im deutschen Bundestag der Fiskalpakt und der ESM von einer Zweidrittelmehrheit ratifiziert – von der extra-großen Koalition von FDP, CDU, SPD und den Grünen. Für die Umverteilung von unten nach oben ist dies ein Meilenstein. Und es ist ein Bruch für die Entwicklung der bisherigen Form von Demokratie. Insbesondere im Fall des Fiskalpakts wird das Haushaltsrecht des Parlamentes substantiell ausgehöhlt und zu wesentlichen Teilen auf ein Organ der Exekutive, nämlich die EU-Kommission, übertragen.

Bearbeitet wird die Eurozonen-Krise nicht in einer Form, dass die Ursachen angegangen würden, sondern sie wird als Chance genutzt, die Spaltungen der Gesellschaften zu vertiefen und durch neue Regelwerke abzusichern. Auch wenn die so genannten Eliten häufig als planlos wahrgenommen werden – im Konkreten mögen sie das oft sein – die autoritäre Transformation der EU wird Schritt für Schritt durchgesetzt. Die deutsche Regierung spielt dabei eine besondere Rolle.

Die neue europäische Architektur

Die europäischen Eliten hatten zunächst erwartet, die Weltwirtschaftskrise mit einigen Bankenrettungs- und Konjunkturpaketen bewältigen zu können. Ab Ende April 2010 zog die griechische Staatsverschuldung die globale Aufmerksamkeit auf sich. Die Krisensituation wurde und wird von den Eliten – besonders von den Regierenden in der Bundesrepublik – als Chance wahrgenommen, ihre Politik des neoliberalen Umbaus zu radikalisieren. Die letzten Elemente des Wohlfahrtsstaates, die die neoliberalen Attacken der vergangenen fünfundzwanzig Jahre überstanden hatten, werden nun geschliffen. Trotz aller Schwenks und Positionswechsel in Einzelfragen hat die Regierung Merkel diese Linie im Kern seit Frühjahr 2010 konsequent durchgehalten.



Den Regierenden in Deutschland geht es um eine tiefgreifende Restrukturierung der Kräfteverhältnisse innerhalb der einzelnen Gesellschaften der EU-Länder. Die öffentlichen Dienste werden geschrumpft und privatisiert, Gewerkschaften marginalisiert und Transferempfänger ihrer sozialen Rechte beraubt. Damit hebt sich die deutsche Regierung nicht von den anderen in der EU ab, die ebenfalls auf Austerität setzen. Jedoch ist Deutschland wegen seiner dominante Rolle in Europa in der besonderen Position, zugleich die Beziehungen zwischen den Staaten der EU verstärkt hierarchisieren zu können: Mit der Bundesrepublik an der Spitze, mit Frankreich als Juniorpartner und einer abgehängten Peripherie.

Die Erreichung dieses Ziels der doppelten Verschiebung der Machtverhältnisse gelingt den deutschen Eliten, indem sie Maßnahmen (Eurobonds, aktivere Rolle der EZB in puncto Staatsanleihenkäufe) behindern, die den Druck von Finanzinvestoren und Rating-Agenturen durch Zinstreiberei auf die Staaten vermindern könnten. Gleichzeitig wird der Druck der Finanzmärkte politisch zur Durchsetzung der Kürzungsprogramme nutzbar gemacht. Als im November 2011 Italiens Staatsanleihen ins Visier gerieten, gab Bundesbankchef Jens Weidmann einen Einblick in diese Strategie: „Jüngste Erfahrungen haben gezeigt, dass die Zinsraten der Märkte eine Rolle dabei spielen, Regierungen zu Reformen zu drängen.“ Mit verstärkten Aufkäufen von Staatsanleihen durch die EZB würde riskiert werden, dass die „Anreize, die von den Märkten kommen, unwirksam würden.“

Das Staatsschuldenthema wird als politische Brechstange genutzt, um Umverteilung für die Reichen durchzusetzen. Am 29. Juni hat der Bundestag mit dem Fiskalpakt und dem ESM eine radikalisierte Phase dieser Politik eingeläutet.

Alexis Passadakis, Mitglied im Attac-Rat

www.fiskalpakt-stoppen.de

Den Nerv getroffen

Ein Rückblick auf Blockupy Frankfurt



Foto: Carsten Peters

Wir wollten mit Blockupy Frankfurt Solidarität mit den Kämpfen gegen die von Deutschland geführte europäische Krisenpolitik zeigen. Das ist uns gelungen, die beeindruckende europäische Beteiligung an der Demonstration am 19. Mai machte das deutlich. Wir wollten in Deutschland selbst öffentlichen Streit um diese Krisenpolitik entfachen. Das ist uns nicht gelungen, sondern wir wurden im Wesentlichen als BürgerInnenrechtsaktion wahrgenommen. Und wir wollten einen Beitrag dazu leisten, dass die politische Dynamik in den europäischen Ländern sich angleicht. Ob uns das gelungen ist, wird sich erst daran zeigen, ob, wie und wo die Proteste weitergehen.

Vieles an Blockupy Frankfurt unterschied sich von bisherigen globalisierungskritischen Großaktionen. Es ging diesmal nicht um die Präsenz bei einem Großereignis, dessen Bedeutung sich von alleine erklärt, sondern um die Mobilisierung für ein selbstgesetztes Thema an einen selbstgesetzten Ort zu einem selbstgesetzten Termin. Politisch umfasste das Bündnis so gut wie alle Teile der Linken links von der SPD. Die Aktionen wurden von einer überschaubaren Zahl Aktiver getragen, die zwar durchweg sehr erfahren waren, aber fast ausschließlich ehrenamtlich arbeiteten. Alle gesellschaftlichen Großorganisationen bis auf die Partei Die Linke haben sich ferngehalten. Zwar gab es eine Unterstützung von gewerkschaftlichen Teilbereichen, aber sie wurde auf Apparatebene kaum wirksam. Es gab wohl DGB-intern deutlichen Druck gegen eine Teilahme; um so bemerkenswerter ist die konsequente Haltung der GEW, die sich politisch deutlich zu den Aktionen bekannte. Auch die Grüne Jugend hat gegen eine unwillige Frankfurter und eine taktierend-zögerliche Bundespartei das Bündnis mitgetragen.

Zwar hatten alle Beteiligten mehr oder weniger klar eine größere Bündnisbreite gewünscht, aber ebenso war für alle immer unumstritten, dass Blockupy Frankfurt stattfinden würde. Die konkrete Zusammenarbeit im Bündnis war offen und vertrauensvoll, die Stimmung gut – meistens zumindest. Alle Aktiven haben große Verantwortung übernommen und viel geleistet, oft bis zur persönlichen Erschöpfung. Auch in Attac gab es ein beeindruckendes Engagement, obwohl wir als Gesamtnetzwerk nicht zu den Aktionen aufgerufen hatten – auch wegen unterschiedlicher Einschätzungen zu Möglichkeiten und Stellenwert des Zivilen Ungehorsams. Attacies waren in praktisch allen Arbeitsfeldern präsent, oft in tragenden Rollen. Viele Kokreis- und Ratsmitglieder habe sich eingebracht, in den letzten Tagen zunehmend auch solche, die dem Aktionsansatz insgesamt eher skeptisch gegenüberstanden.

Im Bündnis hatte es von Beginn an die Vereinbarung gegeben, dass die drei Aktionsformen (Beanspruchung des Öffentlichen Raums, Blockade, Demonstration) als zusammenhängend, als „Gesamtkunstwerk“ zu begreifen seien. Das bedeutete, dass gemeinsam Aktionsbilder und -zuschnitte für alle drei Elemente erarbeitet werden mussten. Üblicherweise gibt es dabei die Falle der so genannten Gewaltdebatte, wo einige fürchten, die anderen wollten lediglich irgendwo was kaputtmachen, und die anderen davon ausgehen, dass die einen sich ohnehin nur distanzieren und sie der Polizei überlassen wollten. Diesmal wurde so diskutiert, dass Klarheit herrschte und Konsense entstanden. Die wurden von allen Beteiligten sehr eindeutig in ihre Spektren vermittelt, was sicherlich dazu beigetragen hat, dass die Aktionen vor Ort so abliefen, wie es vereinbart gewesen war. Dennoch war dafür vor allem bei der Demonstration am Samstag die unglaubliche Disziplin der TeilnehmerInnen ausschlaggebend. Trotz ununterbrochener Provokationen durch die Polizei hielten sich alle an die internen Verabredungen.

Offensichtlich hat Blockupy Frankfurt für die Gegenseite einen Nerv berührt. Eine Stadt, die sich unmittelbar nach der Ankündigung von zwei Tagen Zivilem Ungehorsam auf den Notstand vorzubereiten beginnt, eine Versammlungsbehörde, die offen rechtswidrig alles tut, um Grundrechswahrnehmungen unmöglich zu machen, eine Polizei, die Gefahrenprognosen frei erfindet, ein Gericht, das sie daran nicht hindert – wir wurden von der Wucht unseres „Erfolges“ etwas unvorbereitet getroffen. Wir hatten juristische Probleme erwartet, auch Teilverbote, nicht aber die viertägige Verwandlung einer ganzen Stadt in eine grundrechtsfreie Zone. Deshalb wird es wichtig sein, dass wir das auch nach der Durchsetzung des Demonstrationsrechts während der Aktionstage nicht auf sich beruhen lassen. Öffentliche Aktivitäten von Blockupy Frankfurt im Herbst werden unseren Anspruch auf den Öffentlichen Raum untermauern, und der Vorschlag eines Blockupy 2013 findet viel Zustimmung. Auf dass der Widerstand gegen die Politik der EZB und der Troika sich in Frankfurt festsetze!

Werner Rätz, Mitglied im Attac-Rat

Rettungspakete und was wirklich auf dem Programm steht

Spanien muss sich entscheiden



Foto: Marcello Vicidomini

Eine gewaltige Immobilienblase hat in Spanien für enorme Wachstumsraten gesorgt – bis sie im Laufe der Finanzkrise geplatzt ist. Seither haben etliche spanische Banken riesige Mengen fauler Kredite in den Büchern – zahlreiche Institute wurden bereits verstaatlicht. Gleichzeitig können viele Spanier ihre Hypotheken nicht mehr bedienen und werden aus ihren Wohnungen geworfen, während die brutale Sparpolitik die Rezession noch weiter verstärkt. Cristina Asensi beschreibt die aktuelle Situation in Spanien und wie die Bewegung 15M darauf reagiert.

Am 10. Juni 2012 war es soweit: Dieselbe Partei Partido Popular (PP), die im Wahlprogramm versprochen hatte, „keinen weiteren Euro für die Banken“ hinzulegen, erschien vor der Presse und belog die Spanier dreist über das so genannte „Rettungspaket“. In einer Ansprache, gespickt mit Euphemismen, gratulierte Ministerpräsident Rajoy sich selbst, eine „Anleihe mit sehr guten Konditionen“ ausgehandelt zu haben, die keinerlei Auswirkungen auf den Staatshaushalt habe. Gemeint war das so genannte Rettungspaket über bis zu 100 Milliarden Euro – der Bundestag hat dem Programm in einer eigens einberufenen Sondersitzung am 19. Juli zugestimmt.

Zum Unglück für die Regierung hat sich diese Darstellung der Ereignisse nicht lange halten können: Schon Minuten nach der Verkündung zirkulierte eine andere Deutung in den sozialen Netzwerken der Bewegung des 15. Mai (15M/Indignados), gestützt auf Quellen aus der Europäischen Zentralbank und der Eurogruppe.

Die Unfähigkeit, den öffentlichen Diskurs zu kontrollieren, obwohl die Finanzelite des Landes das Oligopol der Medien kontrolliert, ist ein ernster Grund zur Sorge für die rechte Regierung, wie einige ihrer Vertreter offen zugeben. Innerhalb nur weniger Stunden hatten es die Bürgerbewegungen und die Gewerkschaften geschafft, massive Proteste zu organisieren, die sich in Madrid mit den Demonstrationen der streikenden Bergarbeiter verbanden. Diese waren zu Fuß aus den Kohlerevieren im Norden des Landes in die Hauptstadt gekommen, um für sich eine „würdige Existenz“ zu fordern. Im kollektiven Bewusstsein der spanischen Linken steht dieser Kampf in direkter Linie mit den Kämpfen der Bergarbeitergewerkschaften gegen die Franco-Diktatur.

Ebenso zügig war es der Bewegung 15M gelungen, per Internet die nötigen Gelder einzusammeln, um die ersten Gerichtsverfahren gegen die Verantwortlichen der spanischen Finanzkrise anzustrengen, darunter alle Mitglieder des Aufsichtsrates der Pleite-Bank Bankia und der frühere IWF-Direktor und Politiker der konservativen Partido Popular, Rodrigo Rato.

Die Wahrheit, die die spanische Regierung zu verschleiern versuchte, ist, dass das „Rettungspaket“ nichts anderes ist als die Übernahme der Kontrolle über die Wirtschafts- und Steuerpolitik des Landes durch die Troika (EZB, IWF und EU-Kommission). Es ist ein Instrument, um den Abbau des Wohlfahrtsstaates fortzusetzen und die privaten Interbankenschulden auf die Bevölkerung umzuverteilen. Das Rettungspaket ist eine klare Erklärung des Klassenkampfes von oben. Es enthält die härtesten Einschnitte in den Sozialstaat in der Geschichte der spanischen Demokratie: Abbau des öffentlichen Dienstes, Reduzierung der Arbeitslosenhilfe, massive Entlassungen in Schulen und Krankenhäusern, Gehaltskürzungen im öffentlichen Sektor, die Abschaffung von Tarifverhandlungen, deutliche Erhöhungen der Mehrwert- und anderer indirekter Steuern. Nicht eine dieser Maßnahmen zielt auf den reichsten Teil der Bevölkerung.

Bereits durch die brutale Sparpolitik gebeutelt sollen nun mit dem Rettungspaket vor allem Kleinanleger geschröpft werden: Bevor Geld an die spanischen Banken fließt, müssen unter anderem nachrangige Anleihen weitgehend abgeschrieben werden. Diese Papiere sind mehr als 300.000 ahnungslosen Kleinanlegern aufgeschwatzt worden – sie waren davon ausgegangen, die Anleihen seien sicher.

Aktuell zeichnet sich eine politische Polarisierung ab: Auf der einen Seite steht ein Block aus Politik und Wirtschaftsoligarchie, die eine Technokratenregierung der nationalen „Einheit“ befürworten, die die Politik der Troika umsetzen soll. Dieses Lager besteht aus der rechtsgerichteten Regierungspartei PP, Teilen der Sozialdemokratie (PSOE), der Finanzelite und dem Verband der Großindustriellen (CEOE).

Auf der anderen Seite bildet sich ein soziales, politisches und kulturelles Bündnis, das gegen die Interventionen der Troika und ihr Sozialabbau-Programm steht. Darin verbinden sich andere Teile der Sozialdemokratie, die Vereinigte Linke Partei, regionale Linksparteien, alle Gewerkschaften und die weiten sozialen Bewegungen des 15M/Indignados. Dieses zweite Lager könnte – unter dem Schock, den die spanische Gesellschaft aktuell erfährt – zu einem geeinten Block werden, der die weit verbreitete Unzufriedenheit mit der neoliberalen Politik kanalisiert.

Wir in den sozialen Bewegungen haben wiederholt gesagt: Die Logik, die zur Regierung durch Technokraten führt, ist zutiefst undemokratisch; wir verurteilen die Versuche, die europäischen Bürger ihrer politischen Rechte zu berauben, indem mit dem Fiskalpakt auf europäischer Ebene eine autoritäre Governance eingerichtet wird. Wie lange werden wir brauchen, um die Alternative zu dem Inferno zu organisieren, dem wir gegenwärtig ausgesetzt sind?

Cristina Asensi, Attac Spanien



Merkel und Hollande sagen Ja zur Transaktionssteuer, Foto: Luzia Schmincke



Blockupy Frankfurt, Foto: Carsten Peters

Rückblick

9. April 2012
„Mit Essen spielt man nicht!“: Bündnis-Aktion gestartet
Attac, Campact, Misereor, Oxfam Deutschland, das Südwind-Institut, WEED und die Welthungerhilfe starten die Protestaktion „Mit Essen spielt man nicht!“. Dafür sammelt das Bündnis Unterschriften gegen preistreibende Nahrungsmittelspekulation, die im Herbst Bundesfinanzminister Schäuble übergeben werden sollen.

13. April 2012
Online-Appell gegen Sparwahn in NRW
Mit dem Appell „Vermögen besteuern statt NRW kaputtsparen“ und begleitenden Aktionen mischen sich Attac, Verdi NRW, die Initiative „Vermögenssteuer Jetzt“ und Campact in den Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen ein.

13. April 2012
Auftakt der Blockupy-Mobilisierung
AktivistInnen schlagen auf der Frankfurter Haupt-wache ihre Zelte auf und starten mit einer Platzbesetzung die Mobilisierung für die Aktionstage im Mai.

18. April 2012
Bürgerprotest gegen Fiskalpakt
Attac fordert gemeinsam mit vielen anderen Organisationen die BürgerInnen auf, bei ihren Bundestagsabgeordneten gegen den geplanten europäischen Fiskalpakt zu protestieren.

19. April 2012
Berliner EU-Vertretung blockiert
Einen Monat vor den Blockupy-Aktionstagen gegen die europaweite Verarmungspolitik in Frankfurt am Main ‚proben‘ Aktive an der Vertretung der EU-Kommission in Berlin.

24. April 2012
Aktion vor dem Kanzleramt: „Mit Essen zockt man nicht!“
„Spekulation macht unbezahlbar – Mit Essen zockt man nicht!“ fordern AktivistInnen vor dem Kanzleramt. Getragen wird die Aktion von Attac, Weed, Oxfam, dem Südwind-Institut, Medico International und der Welthungerhilfe.

27. April 2012
Blockupy: Stadt Frankfurt mauert
Die Stadt Frankfurt am Main lehnt nahezu alle vom Blockupy-Bündnis angemeldeten Plätze ab, ohne Alternativen zu nennen. Bei der unkooperativen Haltung bleibt es auch in der Folgezeit: Die Stadt verbietet alle Veranstaltungen. Selbst die Großdemo muss vor Gericht erstritten werden.

7. Mai 2012
Proteste gegen Blockupy-Verbot
Mit Entsetzen reagieren tausende Menschen – darunter viele bekannte PolitikerInnen, KünstlerInnen und WissenschaftlerInnen – auf das Verbot der „Blockupy-Aktionstage“ und unterzeichnen eine Protestnote.

7. Mai 2012
Finanztransaktionssteuer: Merkel und Hollande geben sich das Ja-Wort
Aktive von Oxfam, Attac und den Jusos bringen die deutsche Kanzlerin und den neuen französischen Präsidenten Francois Hollande – dargestellt von AktivistInnen – im Namen der Kampagne „Steuer gegen Armut“ vor den Traualtar: Dort sagen sie Ja zur Finanztransaktionssteuer.

9. Mai 2012
Tatort-Regisseur dreht Attac-Spot gegen Steueroasen
Der Tatort-Regisseur Tom Bohn unterstützt Attac erneut mit einem Filmspot. „Du zahlst – Steueroasen schließen“ heißt der 70-Sekunden-Film, mit dem Attac auf die verheerenden Auswirkungen von Steuerflucht und -oasen aufmerksam macht. www.attac.de/aktuell/steuerflucht/kinospot-du-zahlst

10. Mai 2012
WissenschaftlerInnen kritisieren Fiskalpakt
Auf Initiative des Wissenschaftlichen Beirats von Attac kritisieren rund 50 WissenschaftlerInnen aus ganz Europa in einem Appell scharf den Fiskalpakt und die neoliberale Krisenpolitik der EU.

17. Mai 2012
Erfolg für Blockupy: „Die Plätze sind besetzt“
Erfolg für das Blockupy-Bündnis: Tausende Menschen besetzen den Paulsplatz und den Römerberg in der Frankfurter Innenstadt und stellen dutzende Zelte auf. Das Versammlungsverbot der Stadt ist Makulatur. Bei der Kundgebung halten viele DemonstrantInnen Grundgesetze hoch.

18. Mai 2012
EZB und Bankenviertel erfolgreich blockiert
Aktionsziel erreicht: Der Finanzplatz Frankfurt ist weitgehend lahmgelegt, der Geschäftsbetrieb der EZB und anderer Banken gestört. Die Polizei hat das Bankenviertel weiträumig abgesperrt. Tausende AktivistInnen sind in der Innenstadt unterwegs und machen mit dezentralen Aktionen, spontanen Kundgebungen, Blockaden, Flashmobs, Straßentheater und Musik ihren Protest gegen die europaweite Verarmungspolitik und das Versammlungsverbot in der Bankenstadt sichtbar. Die Polizei reagiert mit massenhaften, rechtwidrigen Platzverweisen und Ingewahrsamnahmen.

19. Mai 2012
30.000 bei Blockupy-Demo
Mehr als 30.000 Menschen aus ganz Europa demonstrieren in Frankfurt gegen das europaweite Spardiktat der Troika aus EZB, EU-Kommission



Sandsackwall vor Frankfurter Börse

und IWF – entschlossen und friedlich. Trotz der andauernden Diffamierung des Protests tragen sie den europäischen Widerstand gegen die unsoziale und undemokratische Kürzungspolitik an den deutschen Finanzstandort.

31. Mai 2012

Attac-Protest bei Deutsche-Bank-Hauptversammlung

Starkes Bild: Bei der Hauptversammlung der Deutschen Bank in Frankfurt symbolisieren drei lebende Statuen – dargestellt von Attacies – Steuerflucht, Rüstungsinvestitionen und Wetten auf Nahrungsmittelpreise.

3. Juni 2012

Hess-Natur wird an Private-Equity-Fonds verkauft

Die Eigentümer verkaufen Hess-Natur an den Schweizer Private-Equity-Fonds Capvis. Damit verspielen sie die Chance, den Ökotextilversender mit der – von Attacies mitgegründeten – Genossenschaft hnGeno zu einem Beispiel demokratischer Unternehmensgestaltung werden zu lassen. Doch die hnGeno gibt nicht auf.

17. Juni 2012

Sandsackwall vor Frankfurter Börse gegen Spekulation

200 BürgerInnen errichten vor der Frankfurter Börse einen Wall aus tausenden Sandsäcken gegen Spekulation. Sie fordern die Bundesregierung auf, sich für die rasche Einführung der Finanztransaktionssteuer durch eine „Koalition der Willigen" in der EU einzusetzen. Organisiert haben die „Steuer gegen Armut"-Aktion unter anderen Attac, Campact und Oxfam.

19. Juni 2012

Aktion gegen Nahrungsmittelspekulation im Europaparlament

AktivistInnen von Attac und Campact demonstrieren im EU-Parlament für eine wirksame Regulierung der Agrarrohstoff-Märkte. Mit Sprechchören und auf Transparenten fordern sie die EU-Parlamentarier auf, die preistreibende Nahrungsmittelspekulation zu stoppen.

26. Juni 2012

Start der Allianz für ein Alternatives Handelsmandat

Europäische NGOs und soziale Bewegungen starten in Brüssel die Allianz für ein Alternatives Handelsmandat der EU. Mit dabei ist Attac. Die Allianz setzt sich für einen radikalen Wandel der europäischen Handelspolitik ein.

27. Juni 2012

NGOs protestieren gegen Verfassungsschutz-Klausel

In einem offenen Brief, den Attac und Robin Wood initiiert haben, fordern 36 NGOs den Bundestag auf zu verhindern, dass künftig der Verfassungsschutz über die Gemeinnützigkeit von Organisationen entscheidet. Die Bundesregierung will Organisationen, die in einem Verfassungsschutzbericht im Zusammenhang mit Extremismus genannt werden, die Gemeinnützigkeit ohne Prüfung entziehen.

29. Juni 2012

BürgerInnen demonstrieren gegen Fiskalpakt

Vor der Abstimmung des Bundestags über den Fiskalpakt protestieren rund 400 BürgerInnen auf der Reichstagswiese gegen das europäische Vertragswerk. Aufgerufen haben unter anderen Attac, die Naturfreunde und Verdi Berlin.

1. bis 5. August 2012

„Teilhaben – Teil sein": 10. Attac Sommerakademie

Jubiläum! Die diesjährige Sommerakademie von Attac ist bereits die zehnte. Unter dem Motto „Teilhaben – Teil sein" kommen viele hundert TeilnehmerInnen auf dem Campus der Mainzer Uni zusammen, um sich politisch zu bilden, zu vernetzen und auszutauschen. Der inhaltliche Schwerpunkt liegt auf der Eurokrise.

Ausblick

11. bis 19. August 2012

Lausitzer Klimacamp

Beim auch von Attacies mit organisierten Lausitzer Klimacamp in Jänschwalde stehen Klimawandel und globale Gerechtigkeit im Mittelpunkt. Das Camp selbst ist auch ein Experimentierfeld für ein Ressourcen schonendes Leben und Selbstorganisation.
www.lausitzcamp.info

20. bis 26. August 2012

Klimacamp Hohenmölsen

Zum dritten Klimacamp in diesem Jahr kommen die AktivistInnen in Hohenmölsen in Sachsen-Anhalt zusammen.
www.zukunftsbund-luetzen.de

29. September 2012

Tagung „Global denken, lokal handeln" in Mannheim

Es geht um Schwimmbäder und Büchereien. Um Schulen und Kitas. Um Straßenbahn- und Buslinien. Und um mehr. Angesichts der Krise der Kommunen ist es höchste Zeit, die Grundlagen der Gemeindefinanzierung zur Diskussion zu stellen. Unter dem Motto „Global denken, lokal handeln" lädt die bundesweite Attac-AG Kommunen zu einer Tagung nach Mannheim ein.
www.attac.de/aktuell/kommunen

29. September 2012

Bündnis Umfairteilen – bundesweiter Aktionstag

50 Prozent der Menschen in Deutschland haben weniger als zwei Prozent des gesamten Vermögens, ein Prozent verfügt über mehr als ein Viertel. Attac setzt sich mit dem Bündnis Umfairteilen für eine einmalige Vermögensabgabe und eine dauerhafte Vermögenssteuer ein und ruft dazu auf, dafür am 29. September auf die Straße zu gehen – in Berlin, Köln, Frankfurt, Hamburg und überall.
www.umfairteilen.de

2. bis 4. November 2012

Attac-Herbstratschlag in Köln

Beim Herbstratschlag in Köln legen die Attac-Aktiven die inhaltlichen und strategischen Schwerpunkte der kommenden Monate für das Netzwerk fest, wählen die Bundes-Gremien und verabschieden den Haushalt 2013. Der Ratschlag ist das Basistreffen von Attac und höchstes Entscheidungsgremium. Er ist auch offen für aktive Nichtmitglieder.
www.attac.de/ratschlag

3. November 2012

Feministische Ökonomie als Perspektive

Weder Finanzmärkte noch Wirtschaftskrisen sind in ihren Ursachen und Auswirkungen geschlechtsneutral. Bei der Tagung der Gender-Arbeitsgruppe von Attac in Berlin stehen Forschungsergebnisse und Stellungnahmen der feministischen Ökonomie im Mittelpunkt.
www.attac-netzwerk.de/gender-ag

10. November 2012

Regionalkonferenz der Attac-Gruppen in NRW

Gemeinwohlökonomie, Commons, Transition-Town–Bewegung, sozialökologischer Umbau oder massive Umverteilung: „Alternativen zur Zuspitzung der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus" stehen im Mittelpunkt der Regionalkonferenz, zu der sich die Attac-Gruppen aus Nordrhein-Westfalen in Krefeld treffen.

Mehr Informationen zu allen Terminen:
www.attac.de/aktuell/veranstaltungen

Attac vor Ort

Wenn Sie Interesse haben, selbst aktiv zu werden, klinken Sie sich doch bei einer der etwa 200 lokalen Attac-Gruppen oder bei einer der bundesweiten Arbeits- und Projektgruppen ein.
Die jeweiligen Kontaktadressen finden Sie im Internet unter „Mitmachen".
Sie können sie auch in unserer Zentrale telefonisch erfragen unter:
069–900 281–10

Menschen in Attac

„Ganz viele tolle Menschen"

Lange Nächte und auch sonst viel los: Attac Cottbus





Attac-Gruppen vor Ort gelten vielen als das Herz von Attac. Sicher ist, dass die rund 180 lokalen Attac-Gruppen vor Ort von den Aktiven mit viel Herzblut mit Leben gefüllt werden. Regelmäßig gründen sich neue Attac-Gruppen, viele Menschen machen dort ihre ersten Erfahrungen mit eigenem Engagement für Attac und mit gelebter Politik. Antje Kirchner, 46, Kauffrau und Mutter zweier erwachsener Kinder, hat uns von ihrer Attac-Gruppe in Cottbus erzählt.

Antje, wie ging es denn los mit Dir und Attac Cottbus?

Wirklich angeschubst, etwas zu machen, hat mich ein Lied meiner Lieblingsband Fettes Brot – „An Tagen wie diesen". Ich habe für mich einen Weg gesucht, mich politisch einzubringen, denn nach der Wende war für mich klar: Das ist nicht mein Land, das da entstanden ist, ich wünsche mir das anders. Beim ersten Sozialforum in Deutschland 2005 in Erfurt war ich dann froh, zwischen Parteien und Kirchen, mit denen ich nichts am Hut habe, auf Attac zu stoßen. Die dort verabschiedete Charta und das Attac-Grundsatzpapier haben mich angesprochen – genau so wünsche ich mir eine andere Welt.

Ich habe mich dann an das Attac-Büro gewandt, um Adressen von anderen Attacies in meiner Nähe zu bekommen, die vielleicht Lust hätten, eine Cottbusser Gruppe neu zu gründen. Die frühere Gruppe hatte sich aufgelöst, einige waren weggezogen. Und kurz vor dem G8-Gipfel in Heiligendamm hatten wir dann tatsächlich eine neue Gruppe.

Wie arbeitet Ihr in Eurer Gruppe, was sind Eure Schwerpunkte?

Wir stellen uns für jedes Jahr zur Orientierung einen Jahresplan auf, den wir dann gegebenenfalls aktuell ergänzen. Unser jährlicher Höhepunkt ist dabei die so genannte Lange Nacht, eine Attac-Filmnacht im Sommer unter freiem Himmel, mit Dokumentationen, Kurzvorträgen und Überraschungsfilmen. Dabei lehnt sich der Titel immer an den jeweiligen inhaltlichen Schwerpunkt an, wie „Lange Nacht – Krieg und Macht" beim letzten Mal.

Neu auf unserem Plan ist seit diesem Jahr der „Gesprächskreis Neoliberalismus". Nachdem unsere letztjährige Veranstaltung zum leider immer noch aktuellen Bankentribunal – es hat sich ja nichts verändert! – und der Occupy-Bewegung auf großes Interesse gestoßen war, möchten wir jetzt regelmäßig dazu einladen darüber zu diskutieren, wie sich der herrschende Neoliberalismus auf verschiedene Lebensbereiche auswirkt.

Welches Projekt steht aktuell an?

Wir bereiten gerade mit Hochdruck unsere Teilnahme am Klimacamp vor (www.lausitzcamp.info). Das ist für die Gruppe natürlich auch eine Herausforderung, auch wenn wir in der Zusammenarbeit mit anderen politischen Gruppen schon einige Erfahrung haben, vor Ort zum Beispiel mit den Piraten oder mit Cottbus Nazifrei. Und ich merke, dass man sich bei solchen Gelegenheiten auch persönlich weiterentwickelt. Ich traue mir inzwischen mehr zu.

Was ist für Dich das Besondere an Eurer Gruppe?

Ich weiß nicht, ob es so besonders ist, aber bei uns kommen zum einen immer wieder neue Leute dazu, die uns entweder eine Zeit lang begleiten oder gleich ganz bleiben. Ich denke, dass wir ungewöhnlich viele Attac-Mitglieder vor Ort auch wirklich in der Reihe unserer Aktiven haben, und es machen auch einige Leute erst mal eine Weile in der Gruppe mit, bevor sie Mitglied werden. Wir haben einen tollen festen Stamm an Aktiven; daraus sind auch Freundschaften entstanden, und wir unternehmen auch gerne mal etwas außerhalb von Attac miteinander. Bei uns sind einfach ganz viele tolle Menschen!

Falls es von Attac Cottbus ein Erfolgsrezept für eine lebhafte Gruppe gäbe, wie sähe das aus?

Als ein in der Zeit nach der Neugründung sehr wichtiger Attacie umgezogen ist, der davor viele Gruppenaufgaben wie Webseite, Finanzen und vieles mehr übernommen hatte, weil er es gut konnte, da wurde uns zuerst angst und bange. Und wir haben überrascht festgestellt, dass sich alles wie von allein zurechtgerüttelt hat. Jeder und jede konnte passende Aufgaben übernehmen und sich in die Gruppe einbinden. Das wäre vielleicht so ein Rezept: Offen für alle sein, niemanden ausgrenzen, jeden seine Stärken einbringen lassen. Jeder findet sein Feld! Unsere Gruppe hat eine Altersspanne von 23 bis 78 Jahren; auch das ist vielleicht ein guter Hinweis auf unsere Art, Dinge gemeinsam anzupacken, auch wenn wir verschieden sind.

Du warst auch bei den Blockupy-Protesten. Welche Erfahrungen hast Du mit in Deine Gruppe zurückgebracht?

Ich fand es in den Tagen offensichtlich, auf welch wackligen Beinen auch unsere Demokratie steht. Wir waren genau dort richtig, wo wir waren, und ich denke, das ist erst in dem Augenblick deutlich geworden, in dem es tatsächlich passierte. Am besten sollten wir jedes Jahr in Frankfurt auflaufen!

Bei den Blockupy-Protesten ist mir klar geworden, wie wichtig es ist, dass wir alle zusammenstehen, uns nicht spalten lassen. Das gilt nicht nur für die Gruppen vor Ort, das gilt immer!

Interview: **Jule Axmann**

Vermögen umverteilen!

Aktionstag am 29. September



Schon auf den Krisendemos im März 2009 forderten wir: Holt das Geld von den Reichen und Profiteuren! Im Zuge desaströser Sparpolitik und milliardenschwerer Finanzmarktzahlungen ist ein Umsteuern dringlicher denn je. Zusammen mit Sozialverbänden, Gewerkschaften und vielen weiteren Organisationen fordern wir: Umverteilen jetzt! Wir streiten für eine Vermögensabgabe und -steuer, um die horrenden Privatvermögen aus den Händen Weniger an die Gesellschaft zurückzuführen – als Akt der sozialen Gerechtigkeit und wirksame Maßnahme zur Krisenbewältigung.

Gemeinsam Druck machen!

Es sind nur 1 Prozent der Bevölkerung, die über mehr als ein Drittel des Gesamtvermögens verfügen – welches die Höhe der Staatsschulden erheblich übersteigt. Doch diese Minderheit hat gewaltigen politischen Einfluss. Darum kommt es auf jede und jeden von uns an! Werdet aktiv, steigt mit ein in unsere Kampagne!

Forderungen und Aktionstag unterstützen!

Das Bündnis Umfairteilen hat einen Aufruf formuliert, der noch von vielen Privatpersonen und Organisationen unterschrieben werden kann. Gleich www.umfairteilen.de aufrufen und Namen darunter setzen!

Am 29. September wollen wir bundesweit, vor allem aber in den vier Städten Hamburg, Berlin, Frankfurt und Köln für eine Vermögensabgabe demonstrieren. Für die Bündniskampagne wird der Aktionstag ein vorläufiger Meilenstein sein, um ihre Forderungen – mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 – politisch zu verankern. Termin gleich in den Kalender eintragen! Eine stets aktualisierte Übersicht findet sich auf der Bündniswebseite unter dem Menüpunkt ‚Aktionen'.

Bitte verbreitet den Aufruf und die Einladung zum Aktionstag auch bei FreundInnen und Bekannten! Unter ‚Mobilisieren' finden sich Links für soziale Netzwerke und Banner für die eigene Webseite. Außerdem können dort gegen Spende Flyer und Plakate bestellt werden. Bitte reichlich nutzen!

Für Fortgeschrittene: Zeit für Aktionen!

Zahlreiche Gruppen von Attac und anderen Bündnispartnern fangen gerade an, Infoveranstaltungen zu planen und Aktionen vorzubereiten. Lust, mit einer kreativen Idee in die Öffentlichkeit zu gehen? Eine Sammlung witziger Aktionsideen findet sich hier:
www.attac.de/aktuell/umverteilen/mitmachen/fuer-gruppen
Sprich doch einfach mal Deine lokale Gruppe darauf an:
www.attac-netzwerk.de/das-netzwerk/regionalgruppen

Auch Attac hat jede Menge Mobilisierungsmaterial im Angebot. Unser Konzept zur Vermögensabgabe kann direkt unter
http://link.attac.de/vermoegensabgabekonzept
nachgelesen werden. Flyer und weitere Materialien finden sich auf
www.attac.de/umverteilen
unter dem Menüpunkt ‚Materialien'.

Bitte dick im Kalender eintragen:

2. bis 4. November 2012

Herbstratschlag in Köln

Der Ratschlag ist die Vollversammlung aller Attac-Mitglieder und der aktiven Nicht-Mitglieder. Er berät über die politischen Schwerpunkte und Strategien des kommenden Jahres.
Wie jedes Jahr im Herbst stehen auch der Haushalt und die Besetzung von Koordinierungskreis und Attac-Rat auf der Tagesordnung. Dieses Mal treffen wir uns am Rhein, in der Freien Waldorfschule im Kölner Stadtviertel Chorweiler.

Bitte merkt euch diesen Termin vor, besorgt euch Zugtickets oder bildet Fahrgemeinschaften. Basisdemokratie braucht die Basis!

Nähere Informationen gibt es bald auf unserer Homepage
www.attac.de

Aus dem Attac-Shop



Ulrich Brand, Bettina Lösch, Benjamin Opratko und Stefan Thimmel (Hg.): ABC der Alternativen 2.0

161 Stichworte auf jeweils zwei Seiten – von „Alltagskultur" über „Mosaiklinke" bis „Zivilgesellschaft". Kompakter gehen Alternativen nicht.

Aus dem Vorwort: „Es geht … um die Kritik und Veränderung bestehender Macht- und Herrschaftsverhältnisse, die Alternativen dazu sind jedoch vielfältig, müssen praktisch entstehen, stehen teilweise in Spannungen zueinander. Die Ausrichtung von Alternativen kann am Staat orientiert, staatskritisch oder anti-staatlich sein, vom Anspruch her oder in der Praxis systemimmanent oder System transformierend. Ökologische Alternativen stehen häufig in Spannung mit jenen, die auf eine bessere Verteilungspolitik setzen und die Art und Weise wirtschaftlicher Produktion weniger in den Blick nehmen. Sie können eher kleinräumig oder in ganzen Gesellschaften gedacht und praktisch angegangen werden.

Manche Einträge stellen Alternativen im Sinne von praktischen Gegenmodellen zum Bestehenden vor; andere behandeln strategische Vorschläge, Protest- und Bewegungsformen sozialer Kräfte; wieder andere verweisen auf Traditionslinien und historische Erfahrungen von Kämpfen um Alternativen, die heute noch von Bedeutung sein können; und alle zusammen sind Begriffe im emphatischen Sinne, die alternative Perspektiven auf gesellschaftliche Verhältnisse, andere ‚Weltsichten' eröffnen."

Dieses Buch entstand im VSA-Verlag in Kooperation mit dem Wissenschaftlichen Beirat von Attac.

Broschiert, 352 S., 15 EUR



W.F. Haug: Hightech-Kapitalismus in der großen Krise

Den transnationalen Hightech-Kapitalismus hat seine große Krise im gleichen Alter ereilt wie achtzig Jahre zuvor den Fordismus die seine. Die damalige Krise hatte den Nationalsozialismus, die Judenverfolgung und den Zweiten Weltkrieg zur Folge. Wir können nicht wissen, was aus der neuen Krise folgt. Aber wir können Triebkräfte, Strukturen, Bewegungsformen und Tendenzen der computerbasierten Produktionsweise und der von ihr in den Veränderungssog gezogenen Staatenwelt studieren.

Aus dem Inhalt:

Erster Teil: Die Finanzkrise

Erscheinungsformen der Krise / Theoretisches Intermezzo: Marxsche Krisenbegriffe / Was ist neu an dieser Krise? / Die Zeit der Spekulation / Was meint „Finanzialisierung"? / Flucht aus der Geldform in die Geldwarenform

Zweiter Teil: Die Hegemoniekrise

Imperium oder Imperialismus / Rekonstruktion der US-Hegemonie unter Obama? / Hegemoniekämpfe in den USA / Chimerika – das US-amerikanisch-chinesische Paradox / China und die Welt nach Chimerika / Hightech-Antikapitalismus und Krise der Demokratie

Broschiert, 366 S., 19,50 EUR

Es lohnt sich immer, sich im Attac-Shop umzusehen. Aktuell gibt es wieder einige Buchpakete im Angebot, außerdem eine Reihe reduzierter Einzelstücke!

Wie bestellen?

Bestellt werden kann im Attac-Shop unter:
www.attac.de/shop
aber auch telefonisch unter:
069–900 281–10
per Fax an:
069–900 281–99
oder per E-Mail an:
info@attac.de

Bitte, so vorhanden,
die [Bestellnummer] angeben.

Hinweis zur Datenverarbeitung bei Attac

Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert. Die Daten werden den Regionalgruppen von Attac für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht; eine Weitergabe an Dritte erfolgt nicht. Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen von Attac weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter:
Tel.: 069–900 281–10
oder per E-Mail an:
info@attac.de

Impressum

Attac Trägerverein e. V.
Münchener Str. 48, 60329 Frankfurt am Main
Tel.: 069–900 281–10
Fax: 069–900 281–99
E-Mail:
info@attac.de
www.attac.de
Produktion:
Attac Trägerverein e. V.
Redaktion:
Jule Axmann, Lena Bröckl,
Frauke Distelrath, Karsten Peters,
Gabriele Rohmann, Richard Schmid,
Kay Schulze, Steffen Stierle
V.i.S.d.P.: Gabriele Rohmann

Sand im Getriebe

Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung

Einzelne Artikel unter
http://sandimgetriebe.attac.at

PDF-Version unter
www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig

Mail an die Redaktion:
sig@attac.de

Druckausgabe zum Selbstkostenpreis
Abonnement: 15 EUR für 6 Ausgaben



SiG 96
Kräfte sammeln für ein anderes Europa

Initiative in Österreich: *Unser Europa neu begründen*
C. Schuhler: *Was wird aus Europa?*
F. Bsirske: *Fiskalvertrag beschädigt den Sozialstaat*
J.-M. Harribey u.a.: *Der ESM ist kein Mechanismus der europäischen Solidarität*
EU-AG und AG Finanzmärkte, Attac Deutschland: *Kritik am ESM*
Griechenland: SYRIZA: *Programm und Geschichte*
Rio+20: Internationaler Gewerkschaftsbund und andere
P. Wahl, WEED zu *G20*
Der deutsche Bundespräsident als Kriegstreiber / Panzerexport verhindern

SiG 95
Europa neu begründen

Aufruf *„Europa neu begründen!“*
Attac-De: *Stoppt die neoliberale Krisenpolitik – enteignet die Krisengewinner*
Aufruf *„Demokratie statt Fiskalpakt“*
F. Schmid: *Die dreifache Umverteilung von unten nach oben*
C. Felber: *Rettungsprogramm für den Euro*
T. Konicz: *Proteste in Rumänien gegen soziale Misere*
Greek Debit Audit Campaign
Streit um das Wasser – die neue Apartheid im Nahen Osten
Israelische Blogger: *Iranians we love you*
Attac-D u.v.m.: *IRAN: Sanktionen und Kriegsdrohungen sofort beenden*
Stoppt den Waffenhandel!!!

SiG 94
Empörung über alte und neue Kriege!

R. Wolff: *occupy production*
M. Khor: *Zusammenprall der Kapitalismen*
M. Singe: *Die neuen „Verteidigungspolitischen Richtlinien“*
Irak: J. Guilliard: *Massive Niederlage*
Hände weg von Iran und Syrien
Kooperation für den Frieden: *Afghanistan*
Marokko: *Proteste, Verhaftungen, Solidarität*
Ungarn: S. Horváth: *Angriff auf die eigene Bevölkerung*
Griechenland: T. Paraskevopoulos: *Plädoyer für eine andere Integration*

Umgezogen?
Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit. Tel. 069–900 281–10 oder per E-Mail an: info@attac.de
Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!

Umfairteilen – Reichtum besteuern!

Fehlende Kita-Plätze, geschlossene Bibliotheken, mangelhafter Nahverkehr – das Missverhältnis zwischen leeren öffentlichen Kassen auf der einen und wachsenden Vermögen einiger Weniger auf der anderen Seite ist unübersehbar: Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auf. Die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung Europas besitzen etwa zwei Drittel des Gesamtvermögens; allein das eine oberste Prozent verfügt schon über ein Drittel. Weltweit klafft die Schere sogar noch weiter auseinander.

Attac macht sich für die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums stark, denn sie ist eine wichtige Voraussetzung für die Beseitigung von Armut und sozialer Ungerechtigkeit, für dringende Innovationen im Gesundheits- und Bildungswesen und für die nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft. Dabei gilt es, alle Formen der Umverteilung im Blick zu haben: die Verteilung von Arbeit und Einkommen sowie die Verteilung zwischen den Staaten – insbesondere gegenüber den Staaten des Südens.

Die Zeit ist reif für Schritte in die richtige Richtung, deshalb wird Attac jetzt mit der Kampagne „Vermögen umverteilen" aktiv. Wir fordern als erste wichtige Maßnahme die Einführung einer Vermögensteuer und eine einmalige Vermögensabgabe auf sehr große Privatvermögen. Die Gruppe der Millionäre und Milliardäre, die etwa ein Prozent der Bevölkerung ausmachen, werden dabei in den Fokus genommen. Dabei geht es nicht darum, Menschen für ihren Wohlstand „abzustrafen". Tatsächlich ist aber genau dieser Teil der Bevölkerung aus der Umverteilung von unten nach oben in den vergangenen Jahrzehnten als klarer Gewinner hervorgegangen.

Im Bündnis „Umfairteilen – Reichtum besteuern" bereiten wir gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Gruppierungen einen bundesweiten Aktionstag vor, der am 29. September schwerpunktmäßig in Berlin, Köln, Frankfurt und Hamburg stattfinden wird, begleitet von Aktionen in vielen anderen Städten. Dieser Aktionstag kostet nicht nur Zeit und Engagement, sondern auch Geld. Wir freuen uns, wenn Du Dich an dem Aktionstag beteiligst und/oder ihn mit einer Spende unter www.attac.de/spenden unterstützt. **Vielen Dank!**

